

Die Wahl zum 18. Deutschen Bundestag Wahlbericht und erste Analyse

von Horst Kahrs

23.09.2013, Stand: 05:20 Uhr

Inhaltsverzeichnis

1. Das Ergebnis im Überblick	2
1.1. Wahlbeteiligung	2
1.2. Verteilung der gültigen Stimmen und Veränderung zur Vorwahl	2
1.3. Verteilung der Mandate und Veränderung zur Vorwahl	2
2. Eine erste Bewertung in der Wahlnacht	3
3. Das Wahlergebnis in ausgewählten Aspekten	7
3.1. Wählermobilisierung und Wahlbeteiligung	7
3.4. Wahlergebnis im einzelnen	8
3.4.1. DIE LINKE	8
4. Auskünfte der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen	11
4.1. Die „Sonntagsfrage“ im Wahlkampfverlauf	11
4.2. Wählerwanderungen	13
4.3. Einschätzungen zu Regierung, Parteien, Kandidaten	13
4.4. Wahlverhalten nach ausgewählten Sozialstruktur-Merkmalen	14
4.5. Die Grundstimmung im Land	15

Das Kapitel 4 wurde von Conny Hildebrandt verfasst.

Rückfragen an: Horst Kahrs, kahrs@rosalux.de

1. Das Ergebnis im Überblick

1.1. Wahlbeteiligung

Wahlbeteiligung	BTW 2009	BTW 2013
	70,8%	71,5%

1.2. Verteilung der gültigen Stimmen und Veränderung zur Vorwahl

	BTW2009		BTW2013		Veränderung	
	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil	Stimmen	Anteil
CDU/CSU	14.658.515	33,8%	18.157.256	41,5%	23,9%	7,7%
SPD	9.990.488	23,0%	11.247.283	25,7%	12,6%	2,7%
Grüne	4.643.272	10,7%	3.690.314	8,4%	-20,5%	-2,3%
FDP	6.316.080	14,6%	2.082.305	4,8%	-67,0%	-9,8%
LINKE	5.155.933	11,9%	3.752.577	8,6%	-27,2%	-3,3%
Piratenpartei	847.870	2,0%	958.507	2,2%	13,0%	0,2%
REP	193.396	0,4%	91.660	0,2%	-52,6%	-0,2%
NPD	635.525	1,5%	560.660	1,3%	-11,8%	-0,2%
AfD			2.052.372	4,7%		4,7%
Freie Wähler			422.857	1,0%		1,0%
Sonstige	930.111	2,1%	686.683	1,6%	-26,2%	-0,6%

Vorläufiges amtliches Endergebnis; 03:00 23.09.2013

1.3. Verteilung der Mandate und Veränderung zur Vorwahl

	BTW09	BTW13	+ / -
CDU/CSU	239	311	72
SPD	146	192	46
Grüne	68	63	-5
FDP	93		-93
LINKE	76	64	-12
	622	630	8

2. Eine erste Bewertung in der Wahnacht

Die Bürgerinnen und Bürger haben den Deutschen Bundestag neu und überraschend zusammengesetzt. Die etablierte Parteienlandschaft ist kräftig durcheinander gebracht. Frau Merkel kann Kanzlerin bleiben. Ihr Regierungspartner, die FDP ist abgewählt. Die SPD scheitert mit dem Versuch, mit der Rotgrün-Strategie der beiden vergangenen Dekaden das Kanzleramt zu erobern. Die Linke wurde zur drittstärksten Kraft, die Grünen bleiben deutlich unter ihrem Umfragehoch von 2011/2012. Mit der »Alternative für Deutschland« AfD klopfte eine neue Protestpartei an die Tür des Bundestages. Die politischen Lager sind durch das Wahlergebnis vor neue politische Herausforderungen gestellt.

Angela Merkel wird Bundeskanzlerin bleiben. Mit wem sie regiert, ist offen. Im neuen (voraussichtlich) Vier-Fraktionen Parlament verfügt eine gemeinsame Fraktion von CDU und CSU über 311 von 630 Sitzen.

Die Union und Angela Merkel sind die Gewinner des Wahlabends. Die Union aus CDU und CSU konnte ihren Stimmenanteil erstmals wieder auf über 40% steigern. Damit ist es Angela Merkel erstmals gelungen, nicht nur das Kanzleramt, sondern auch mehr Stimmen für ihre Partei zu gewinnen. Damit werden ihre Stellung in der Union und ihr Kurs der pragmatischen Modernisierung und Anpassung (wert)konservativer Positionen der Union an veränderte gesellschaftliche Bedingungen gestützt. Dass die Union nun wieder den Status der Volkspartei besitzt, muss sie erst kommenden Wahlen auf Landes- und Bundesebene beweisen. Wie flüchtig solche Wahlerfolge sein können, hat die Union selbst bereits erlebt, etwa in Hamburg. Im bundesdeutschen Parteiensystem, so viel steht allerdings fest, gibt es bis auf weiteres nur eine große Partei.

Die FDP hat ein desaströses Wahlergebnis erhalten. Der Versuch, mit einer Zweitstimmenkampagne auf Kosten der Union im letzten Moment das Debakel verhindern zu können, scheiterte, nicht zuletzt am Gegendruck der Union selbst, die das Risiko einer Wiederholung von Niedersachsen nicht eingehen wollte. Das Ergebnis der Wahl 2009 hat sich nicht nur als politische Spekulationsblase erwiesen. Es wurde von der FDP-Führung nicht verstanden und wurde so zum Anfang des vorläufigen Endes der parlamentarischen Existenz der FDP im Bundestag. Unter Westerwelle hatte sich die FDP vom politischen, bürgerrechtlichen Liberalismus verabschiedet. Unter Rösler und Brüderle verspielte bei ihren Anhängern ihren Ruf als Steuersenkungspartei und ordnungspolitischer Hort des wirtschaftlichen (Markt-)Liberalismus. Im Ergebnis wirtschaftete der parteipolitisch organisierte Liberalismus in Deutschland auf außerparlamentarisches Niveau ab. Der Platz des Sozialliberalismus ist in Deutschland endgültig unbesetzt, ob die FDP unter einer neuen Führung, etwa Christian Lindner, diesen Weg der Erneuerung einschlagen würde, ist derzeit weder absehbar noch erwartbar.

Die SPD erzielte zwar ein leicht verbessertes Ergebnis. Es zählt aber immer noch zu ihren schlechtesten Ergebnissen bei Bundestagswahlen. Nur gut ein Viertel der Stimmen, ein Zuwachs von 2,5% gegenüber der Talsohle von 2009, holen die SPD, trotz großem Einsatz und Haustürwahlkampf, auf den Boden ihrer politischen Möglichkeiten zurück. Der Versuch, mit der »alten Garde« aus der Schröder-Ära, und einem Bündnis mit den Grünen die Macht zurück zu erobern, scheiterte. Die SPD kann die tektonischen Verschiebungen in ihrer Anhängerschaft infolge der rotgrünen Reformpolitik 2000 bis 2005 nicht rückgängig machen. Die Abwanderung war mehr als ein einmaliger Protest. Die SPD hat einen nicht geringen Teil ihrer Anhänger dauerhaft verloren, an die Linke, an »die Nichtwähler« und auch an die CDU. Die SPD kann in der sozialen Mitte der Gesellschaft nichts gegen die Union gewinnen, und links gelingt es ihr nicht, die Linke aus dem Parlament zu vertreiben. Ihre Doppelstrategie für die Bundestagswahl scheiterte und führte zu dem schmerzhaften Ergebnis, als Bundespartei mit einem historisch großen Abstand zur Union leben zu müssen. Es wird vermutlich einer Runderneuerung sozialdemokratischer Politik und Strategie bedürfen, um eine sozialdemokratische Machtoption jenseits einer »großen« Koalition aufzubauen.

Der Ausflug der Grünen in neue, neu-bürgerliche soziale Schichten wurde gestoppt. Die Grünen blieben nicht nur deutlich unter ihren Umfragewerten vom Frühsommer (15%), sondern auch unter ihrem Vorwahlergebnis. Sie erreichten ein Ergebnis, dass auf dem Niveau ihrer Stammwählerschaft liegen dürfte, auf die sie sich in der letzten Phase ihres Wahlkampfes konzentrierten. Die Ursachen für dieses schlechte Ergebnis sind vermutlich vielfältig. In Baden-Württemberg scheint das Pendel

zurück zur Union ausgeschlagen zu sein. Strategisch ketteten sich die Grünen an ein Bündnis mit der SPD, wozu es angesichts der führenden Personen kaum eine Alternative gab. Wahlstrategisch versuchten sie, über eine Ausweitung ihrer Thematik bis hin zur Haushalts- und Finanzpolitik neue Wählerschichten fester zu binden, verzichteten damit aber auf eine offensive Auseinandersetzung mit der Union über die Energiewende. Stattdessen sahen sie sich heftigen Angriffen aus dem bürgerlichen Lager gegen ihre »Steuererhöhungspläne« ausgesetzt. Sie versuchten, an den bürgerlichen Sinn für das Allgemeinwohl zu appellieren, unterschätzten aber offenbar die Massivität der medialen und verbandspolitischen Gegenoffensive, z.B. durch den Verband der Familienunternehmen. Rechtzeitig vor der heißen Wahlkampfphase wurde der »Veggie-Day« als Angriffsziel ausgegraben und zum Symbol für grüne »Bevormundungspolitik« aufgebaut. Das Bild von der »Partei der Besserwisser« mit ihren »Bevormundungsstrategien« war geboren und wurde abgerundet mit einer angeblich unklaren Haltung in Sachen Pädophilie. Offenbar hatten die Grünen unterschätzt, dass die Union den Einbruch in ihre Wählerschichten, etwa 2011 in Baden-Württemberg, nicht kampfflos hinnehmen würde.

Die Linke hat ein achtbares Wahlergebnis erzielt. Sie wurde drittstärkste Partei vor Grünen und CSU. Sie konnte ihr Wahlergebnis von 2005 bestätigen und widerlegte alle Hoffnungen politischer Gegner, sie könne sich als Protestbewegung nach zwei Legislaturperioden erledigt haben. Das Gegenteil ist der Fall. Auch im Westen kam sie wieder über fünf Prozent, was ihre Rolle als bundespolitische Partei unterstreicht. Der Erfolg der Linkspartei ist, nicht allein, aber vor allen anderen der Erfolg von Gregor Gysi. Er bannte, mit hohem Einsatz, auf dem Göttinger Parteitag 2012 die Gefahr des Auseinanderbrechens der jungen Partei und kämpfte als eine »linker Sisyphos« um sein Lebenswerk, den Aufbau und die Etablierung einer demokratischen sozialistischen Linken in Deutschland. Im Wahlkampf selbst zeigte sich die Partei wie 2009 diszipliniert und vermied, dass innerparteiliche Reibereien wie die um Listenaufstellung und Wahlkampf im Saarland oder die Unterstützung eines konkurrierenden parteilosen Kandidaten in Brandenburg durch Mitglieder des »Spitzenteams« zu größeren medial vermittelten Konflikten wurden. Die Linkspartei hat ihren Wahlkampf und ihre mediale Vermittlung weitestgehend auf die Kernthemen soziale Gerechtigkeit, Umverteilung, Frieden konzentriert. Sie hat, als die Union mit der Angst vor Rot-Rot-Grün ihre Anhänger zu mobilisieren suchte, deutlich machen können, dass eine ernsthafte politische Alternative zu Merkel nur mit ihr erfolgreich sein könnte. Der Verlust von allen 2009 erstmals errungenen Direktmandaten außerhalb Berlins ist ein nicht völlig überraschender, aber doch herber Wermutstropfen für die Partei. Mit dem dritten Einzug in den Bundestag rückt die Linkspartei nun endgültig in den Kreis der etablierten Parteien, der festen Größen im bundespolitischen Parteiensystem auf. Gemessen am innerparteilichen Zustand im Frühjahr 2012 ist das Wahlergebnis ein großer Stabilisierungserfolg. Sollte es zu einer Koalition von Union und SPD kommen, fiel ihr die Rolle der parlamentarischen Oppositionsführung zu. Sie müsste zeigen, was gemeint war, als im Wahlkampf plakatiert wurde „Genug gelabert!“ und eine „Revolution?“ sei nicht nötig, um die Kernforderungen des Wahlprogramms umzusetzen. Die Linkspartei hat von den Wählerinnen und Wählern ein Geschenk bekommen: die Chance, es 2013/14 besser zu machen als 2009/10.

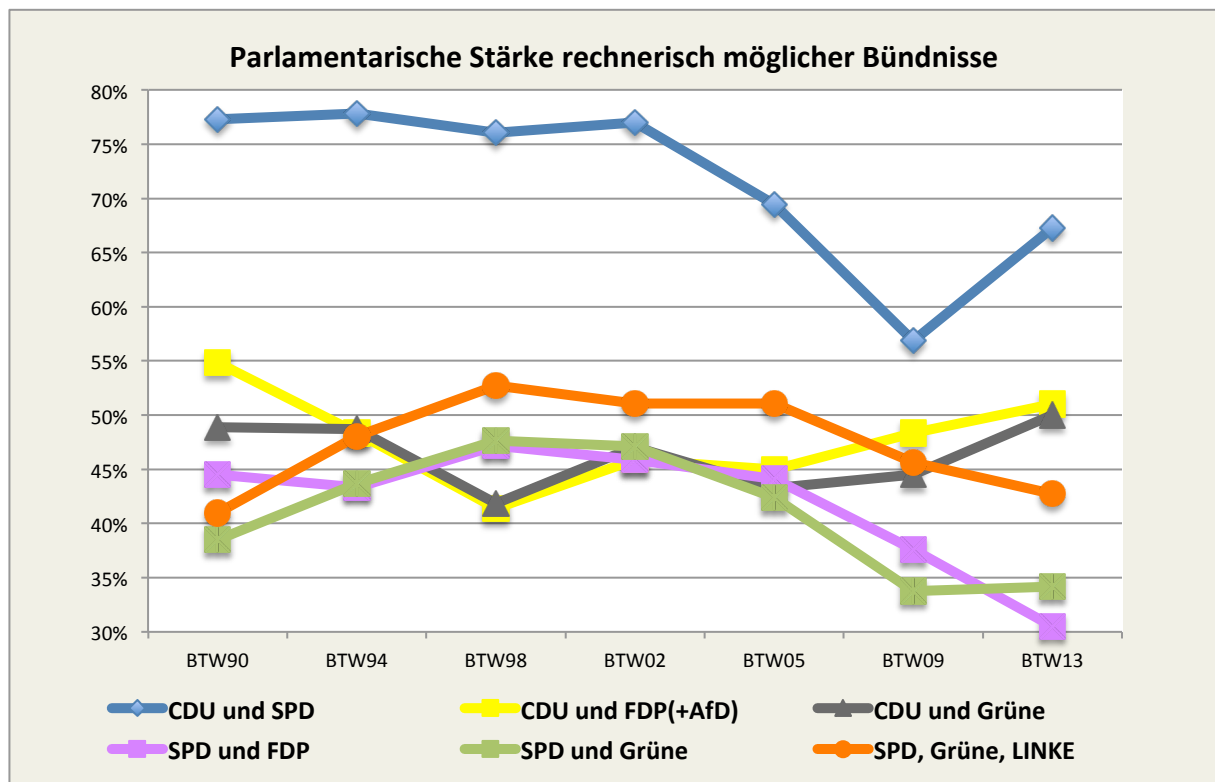
Die Alternative für Deutschland (AfD) hat den Einzug in den Bundestag nur knapp verpasst. Es ist ihr nicht gelungen, ausreichend Stimmen für die Forderung nach einer Auflösung des Euro-Währungsverbundes zu sammeln. Sie wird sich jetzt auf die Wahlen zum Europäischen Parlament im Mai 2014 konzentrieren. In der bundesdeutschen Parteienlandschaft gibt es nun bis auf weiteres eine Protestpartei im bürgerlichen, eher rechten Spektrum. Die AfD vereinigt einerseits die markt- und wirtschaftsliberalen Ordnungspolitiker aus Union und FDP, die mit dem Euro-Kurs der Regierung und der ihrer Meinung nach heraufziehenden Haftungsunion nicht einverstanden sind und ordnungspolitische neoliberale Grundsätze verletzt sehen. Hierher kamen die Gelder für mehrere großformatige Anzeigen in der FAZ und die guten Kontakte in die Zunft der Ökonomen und zu Wirtschaftsredakteuren. Andererseits sammelte die AfD vielschichtige, auch von der Linken, Proteststimmen ein. Die Landesverbände führten weitgehend einen eigenständigen Wahlkampf mit unterschiedlichen thematischen Schwerpunkten, die Wahlplakate spiegelten die Vielfalt der Kräfte, die sich unter dem Dach der »Alternative« versammeln, von Anhängern der direkten Demokratie bis hin zu DM-Chauvinisten. Die Vielfalt lässt erahnen, welche Probleme der neuen Partei ihre Konsolidierung nach dem Kraftakt der Gründung und Beteiligung an der Bundestagswahl innerhalb von gut sechs Monaten bereiten wird. Die Piraten scheiterten an der Verarbeitung des (Mitglieder-

)Aufschwungs nach dem Wahlerfolg 2001, trotz mehrerer Wahlerfolge bei Landtagswahlen; die Linke überstand diese Phase nunmehr erfolgreich.

Die Piratenpartei verfehlte den Einzug in den Bundestag deutlich und verbesserte sich gegenüber 2009 nicht. Sie hat das politische Gelegenheitsfenster des Zeitraumes vom Herbst 2011 (Berlin) bis zum Frühjahr 2012 (Nordrhein-Westfalen) nicht nutzen können, um aus der vielfältigen Zustimmung gerade aus jüngeren Wählerschichten, die ein anderes Verhältnis von Parteien und Politik zum demokratischen Souverän einforderten, ein politisches Anliegen zu formieren. Sie scheiterten bislang bereits daran, in der eigenen Partei ein alternatives »Betriebssystem« zu etablieren. Sie konnten die Steilvorlagen, die mit dem Aufdecken der internationalen Überwachungstechnologien und der gar nicht so großen Freiheit des Internet geliefert wurden, nicht nutzen.

Die Wahlbeteiligung lag nur geringfügig höher als beim Tiefstand 2009. Der Wahlkampf vermochte keine qualitativ höhere Wählermobilisierung zu erzeugen. Ein Grund dürfte gewesen sein, dass bereits früh klar war, dass die rotgrüne Wahlstrategie für einen Regierungswechsel nicht erfolgreich sein und es keine Alternative zur Merkel-Politik würde.

Zu den bemerkenswerten und in ihren Folgewirkungen noch nicht absehbaren Ergebnissen der Bundestagswahl zählt, dass noch niemals in den vergangenen 50 Jahren so viele Stimmen nicht im Bundestag vertreten waren. Ein Sechstel der abgegebenen Stimmen wird nicht parlamentarisch repräsentiert sein. Rechnet man die Wahlenthaltung hinzu, dann repräsentiert das deutsche Parlament deutlich weniger als 60% der Wahlbevölkerung. Welche Wirkungen vor allem die nichtrepräsentierten außerparlamentarischen Kräfte auf die Parteien haben werden, ist nicht absehbar, aber es gehört zu den strategischen Fragen, vor denen jetzt alle politischen Lager gestellt sind.



Das »bürgerliche« Lager wird klären (müssen), ob es auf Dauer mit drei Parteien erfolgreich sein kann und will, oder ob es eine Reunion von FDP und AfD unter nationalliberalen Vorzeichen für geeigneter hält, die politische Macht zu sichern. Eigentlich hat das Lager einen deutlichen Sieg errungen. Die Stimmenanteile von Union, FDP und AfD erreichen 51% und liegen damit über dem Wert von 2009 für Union und FDP (48%). Das »bürgerliche« Lager lag damit zum zweiten Mal hintereinander wieder deutlich vor dem »linken« Lager, es scheint keine »strukturelle linke Mehrheit«, wie sie sich seit 1994 abzeichnete, mehr zu geben. Allerdings entpuppt sich der Sieg als klassischer Phyrus-Sieg und wirft die Frage auf, welche Art bürgerlicher Partner der Union zukünftig

zu einer Mehrheit verhelfen kann.

Im »linken« Lager geht es darum, ob SPD und Grüne ihren Alleinvertretungsanspruch aufrecht erhalten oder ob die Etablierung der Linkspartei zu einer Erweiterung der strategischen Optionen führt. Aller drei Parteien zusammen erzielten einen Stimmenanteil von nur noch knapp 43% gegenüber 46% in 2009 und 51% in 2005. Für die Grünen speziell stellt sich nach dem Scheitern der Strategie, alles auf die SPD zu setzen, die Frage, ob sie sich weiterhin primär als Partei eines politischen Lagers sehen oder als Grenzgängerin zwischen den Lagern, die sowohl mit der Union als auch mit SPD und Linkspartei Mehrheiten bilden kann. Das Wahlergebnis von SPD und Grünen ruft nach personellen und strategischen Konsequenzen, weil erkennbar eine Wiederholung 2017 nicht zum Erfolg führen wird.

Die Bürgerinnen und Bürger haben im Bund des politische Handlungsfeld der Parteien neu geordnet. Die 18. Legislaturperiode des Bundestages wird eine Periode sein, in der die Kräfte der alten Ordnungsmuster der Parteien mit den Kräften einer Neuordnung der Verhältnisse zwischen den Parteien heftige Auseinandersetzungen austragen werden.

Die Gewerkschaften haben sich in der Endphase des Wahlkampfes zurückgehalten. Sie standen nicht an der Seite von Steinrück und Trittin, sondern ließen erkennen, dass sie sich auch mit einer Kanzlerin Merkel würden arrangieren können. Hierbei handelt es sich vermutlich um mehr als um die Einsicht in die Aussichtslosigkeit der rotgrünen Strategie. Das zeigte zum Beispiel die gewerkschaftliche Werbekampagne für die Euro-Rettungspakete. Zur Bewertung der gesellschaftlichen Kräfteverhältnisse zählt auch, dass das »bürgerliche« Lager erfolgreich gegen das »rotrotgrüne Steuererhöhungskartell« mobilisieren konnte. Mit der fatalen Koalitions- bzw. Ausschließungsstrategie von SPD und Grünen gegenüber der Linkspartei scheiterte nicht nur eine Wiederauflage einer rotgrünen Koalition. Gescheitert ist auch der Versuch, die verteilungspolitischen Auswirkungen der rotgrünen Steuerbeschlüsse von 1999ff durch eine Erhöhung des Spitzensteuersatzes, eine Besteuerung von Vermögen und Erbschaften einzuhegen und wieder mehr Geld in die öffentlichen Kassen für Gemeinschaftsaufgaben, für die öffentliche Infrastruktur zu holen, also die haushaltspolitischen Spielräume für politischen Richtungswechsel zu erhöhen. Diese Gefahr hat die Regierungskoalition früh erkannt und mit einer Abwehrfront gegen »die Steuererhöhungspläne des Linkskartells« zu bannen versucht. Selten konnte man in einem Wahlkampf von interessierter Seite so exakt erfahren, welche Auswirkungen die Steuerpläne der einzelnen Parteien auf das eigene Portemonnaie haben würden. (Die Gegenrechnung, welcher Gewinn an öffentlicher Wohlfahrt dem gegenüber stände, wurde natürlich unterschlagen.) Man kann es als strategischen Fehler betrachten, einen Steuererhöhungswahlkampf führen zu wollen, wie es manche Beobachter nun insbesondere den Grünen vorhielten. Tatsächlich begann der Fehler allerdings mit einer Unterschätzung der Gegenkräfte, mit dem Verzicht auf eine gesellschaftliche Mobilisierung und mit der Selbstbeschränkung auf Wahlkampfzeiten. Wirtschaftliche Macht ist politische Macht geworden, und wenn dagegen eine höhere Besteuerung durchgesetzt werden soll, müssen, dass weiß man seit 1999, alle Kräfte mobilisiert werden. Das wäre die organische Aufgabe der größten Oppositionspartei gewesen. Ohne die Finanzausstattung des Gemeinwesens tatsächlich zu einem zentralen Thema der Wahlentscheidung gemacht zu haben, wurde nun gleichwohl darüber eine Entscheidung getroffen, die wiederum ihre Schatten auf zukünftige Wahlkämpfe auch in den Ländern werfen wird. Fatal ist dies deshalb, weil es nicht gelungen ist, aus der ebenfalls selbst geschaffenen strategischen Sackgasse sozialdemokratischer Politik, der »Schuldenbremse«, über die Einnahmeseite einen Ausweg aufzuzeigen. So bleiben die öffentlichen Haushalte und damit jede politische Reformbemühung unter dem Diktat von »Schuldenbremse« und Zinsdienst.

3. Das Wahlergebnis in ausgewählten Aspekten

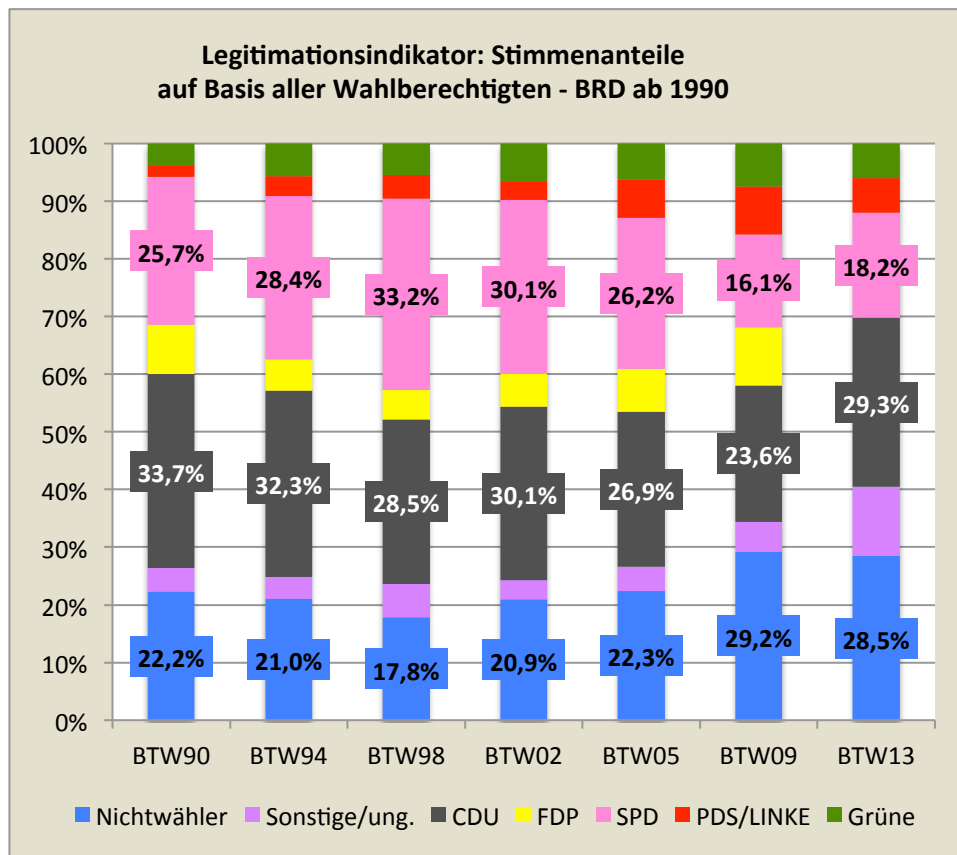
3.1. Wählermobilisierung und Wahlbeteiligung

Die Wahlbeteiligung ist bei dieser Wahl nur geringfügig gestiegen. Sie zählt mit 71,5% zu den niedrigsten in der Geschichte der Bundestagswahlen. Die von verschiedener Seite lancierten Kampagnen, wählen zu gehen, brachten keinen messbaren Erfolg. Die Wählerwanderungen zeigen, dass vermutlich ein Drittel der Nichtwähler für eine Wahlbeteiligung zu gewinnen wäre, wenn der Eindruck entstünde, dass es bei einer Wahl um »etwas geht« und ein knapper Ausgang bevorsteht.

Ein besonderes Ergebnis bei dieser Wahl ist der hohe Anteil von Stimmen, die nicht im Bundestag vertreten sind. FDP und AfD scheiterten jeweils knapp, die Piratenpartei sehr deutlich an der Sperrklausel. Nimmt man die FDP aus, sind 10,9% der abgegebenen Stimmen nicht im Parlament vertreten, rechnet man sie als gescheiterte, aber etablierte Partei hinzu, sind es sogar 15,7%, fast jede sechste gültige Stimme.

Damit sinkt auch der Repräsentationsgrad des Parlaments. Die Parlamentsparteien vertreten lediglich noch 59,5% der Wahlberechtigten. 40% sind nicht mehr im Parlament vertreten, darunter 28%, die nicht vertreten werden wollten, und 12% der bevorzugte Partei nicht den Sprung ins Parlament schaffte.

Schaubild



3.4. Wahlergebnis im einzelnen

3.4.1. DIE LINKE

DIE LINKE verliert ihre 12 Direktmandate, die sie 2009 außerhalb Berlins gewonnen hatte, an CDU-Konkurrenten, mal knapp wie Dagmar Enkelmann mit 1.800 Stimmen weniger als der CDU-Kandidat, mal sehr deutlich mit hohen Stimmenverlusten. Steffen Bockhahn verlor kaum Stimmen, aber der CDU-Kandidat gewann deutlich hinzu. In Halle verlor Roland Claus über ein Fünftel seiner Stimmen von 2009. In Berlin wurden die vier Direktmandate von Petra Pau, Gesine Lötzsich, Gregor Gysi und Stefan Liebich erfolgreich verteidigt. Stefan Liebich gewann als einziger direkt gewählter Abgeordneter Stimmen hinzu (+3,9%), was aber nichts daran ändern konnte, dass er wegen der gestiegenen Wahlbeteiligung Stimmenanteile verlor. 2009, könnte man resümieren, war für die LINKE im Osten auch bei der Personenwahl ein Ausnahmejahr, weil es nach vier Jahren großer Koalition generell ein gutes Wahljahr für kleine Parteien war.

Tabelle: Ergebnisse in den 2009 von der LINKEN gewonnenen Wahlkreisen

	Erststimmen absolut			Erststimmenanteile	
	2009	2013	+ / -	2009	2013
Rostock – Landkreis Rostock II	46.323	46.077	-0,5%	31,5%	30,7%
Uckermark – Barnim I	32.670	25.671	-21,4%	32,0%	26,0%
Märkisch-Oderland – Barnim II	62.644	56.391	-10,0%	37,0%	32,9%
Frankfurt (Oder) – Oder-Spree	43.589	37.004	-15,1%	32,3%	28,0%
Cottbus – Spree-Neiße	37.224	24.681	-33,7%	30,0%	20,0%
Altmark	36.910	32.162	-12,9%	33,4%	30,3%
Magdeburg	47.303	37.889	-19,9%	32,1%	25,2%
Anhalt	44.803	39.717	-11,4%	31,5%	28,8%
Halle	46.272	36.011	-22,2%	33,7%	25,5%
Mansfeld	47.051	35.982	-23,5%	35,2%	27,6%
Berlin-Pankow	47.070	48.914	3,9%	28,8%	28,3%
Berlin-Treptow-Köpenick	62.880	61.634	-2,0%	44,8%	42,2%
Berlin-Marzahn-Hellersdorf	60.236	50.869	-15,6%	47,7%	39,9%
Berlin-Lichtenberg	61.874	54.938	-11,2%	47,4%	40,3%
Gera – Jena – Saale-Holzland-Kreis	49.344	44.659	-9,5%	30,4%	27,0%
Suhl – Schmalkalden-Meiningen – Hildburghausen	41.361	35.146	-15,0%	32,2%	27,3%

DIE LINKE verlor gegenüber 2009 rund 1,4 Millionen Zweitstimmen (-27,2%). Die Verluste an absoluten Stimmen waren in den westdeutschen Ländern (-32,7%) höher als in den ostdeutschen (-19,7%). Sie waren in Berlin am niedrigsten und im Saarland am höchsten. Der Anteil der westdeutschen Stimmen sank von 57,7% auf 53,3%, lag aber immer noch über den 45,5% von 2005. Außer in Bayern und Baden-Württemberg erreichte die Partei in allen westdeutschen Ländern mehr als 5% der gültigen Zweitstimmen, auch dort, wo so ein Jahr zuvor mit 2,5% aus den Landtagen gewählt wurde.

Tabelle: Zahl der Zweitstimmen für DIE LINKE nach Ländern und Ost/West

	Zweitstimmen-Zahl		2013/2009		Verteilung	
	BTW2009	BTW2013	absolut	rel.	BTW2009	BTW2013
Bund	5.155.933	3.752.577	-1.403.356	-27,2%	100%	100%
West	2.974.801	2.000.981	-973.820	-32,7%	57,7%	53,3%
Ost	2.181.132	1.751.596	-429.536	-19,7%	42,3%	46,7%
BaWü	389.637	272.307	-117.330	-30,1%	7,6%	7,3%
Bay	429.371	248.802	-180.569	-42,1%	8,3%	6,6%
BE	348.661	330.481	-18.180	-5,2%	6,8%	8,8%
BB	395.566	311.322	-84.244	-21,3%	7,7%	8,3%
HB	48.369	33.122	-15.247	-31,5%	0,9%	0,9%
HH	99.096	77.265	-21.831	-22,0%	1,9%	2,1%
HE	271.455	188.622	-82.833	-30,5%	5,3%	5,0%
MV	251.536	186.737	-64.799	-25,8%	4,9%	5,0%
NI	380.373	223.788	-156.585	-41,2%	7,4%	6,0%
NRW	789.814	582.786	-207.028	-26,2%	15,3%	15,5%
RP	205.180	120.330	-84.850	-41,4%	4,0%	3,2%
SL	123.880	56.042	-67.838	-54,8%	2,4%	1,5%
SN	551.461	466.321	-85.140	-15,4%	10,7%	12,4%
ST	389.456	281.979	-107.477	-27,6%	7,6%	7,5%
SH	127.203	84.079	-43.124	-33,9%	2,5%	2,2%
TH	354.875	288.594	-66.281	-18,7%	6,9%	7,7%

Neben dem Vergleich mit der Vorwahl ist der Vergleich mit dem Ausgangspunkt, der Wahl 2005 interessant. Hier zeigt sich, dass die Partei zum einen 2013 weniger Stimmen erhalten hat 2005, dass sich hier die aber Gewinne und Verluste zwischen den prozentual starken und prozentual schwachen Ländern anders verteilen. Aus diesen Zahlen ist eine relative Stabilisierung der Partei im Westen abzuleiten, die zumindest bei Bundestagswahlen auch im Westen für 5% der Stimmen ausreicht, der es aber an einem landes- und kommunalpolitischen Unterbau fehlt.

Tabelle: Zahl der absoluten Zweitstimmen für DIE LINKE 2013 gegenüber 2005 nach Ländern und Ost/West

	BTW2013	+ / - 2005	
Bund	3.752.577	-365.617	-8,9%
West	2.000.981	126.584	6,8%
Ost	1.751.596	-492.201	-21,9%
BaWü	272.307	53.202	24,3%
Bay	248.802	4.101	1,7%
BE	330.481	26.851	8,8%
BB	311.322	-105.037	-25,2%
HB	33.122	2.552	8,3%
HH	77.265	17.802	29,9%
HE	188.622	9.709	5,4%
MV	186.737	-47.965	-20,4%
NI	223.788	18.588	9,1%
NRW	582.786	52.819	10,0%
RP	120.330	-11.824	-8,9%
SL	56.042	-61.047	-52,1%
SN	466.321	-137.503	-22,8%
ST	281.979	-103.443	-26,8%
SH	84.079	5.324	6,8%
TH	288.594	-89.746	-23,7%

Tabelle: Stimmenanteile und Mandate für DIE LINKE nach Ländern

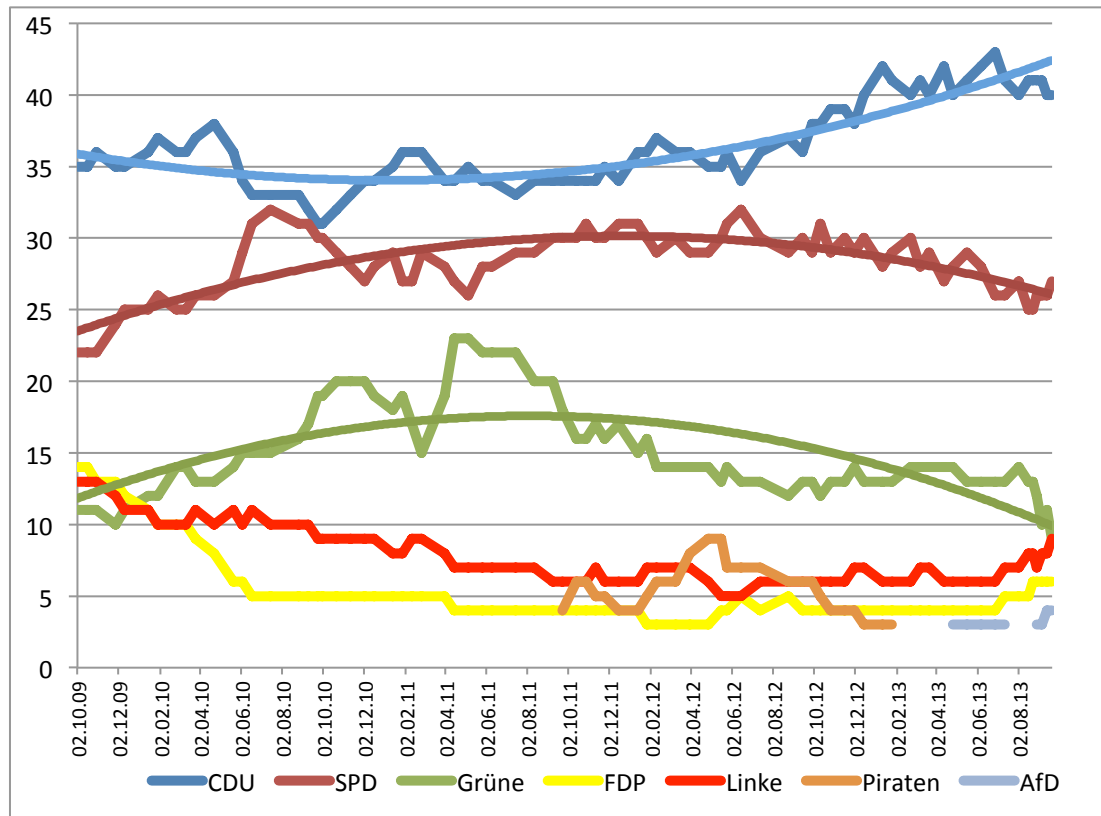
	Stimmenanteile		MdB	
	BTW2009	BTW2013	BTW2009	BTW2013
Bund	11,9%	8,6%	76	64
West	8,3%		42	32
Ost	28,5%		34	32
BaWü	7,2%	4,8%	6	5
Bay	6,5%	3,8%	6	4
BE	20,2%	18,5%	5	6
BB	28,5%	22,4%	6	5
HB	14,3%		1	1
HH	11,2%	8,8%	1	1
HE	8,5%	6,0%	4	3
MV	29,0%	21,5%	4	3
NI	8,6%	5,0%	6	4
NRW	8,4%	6,1%	11	10
RP	9,4%	5,4%	3	2
SL	21,2%	10,0%	2	1
SN	24,5%	20,0%	8	8
ST	32,4%	23,9%	6	5
SH	7,9%	5,2%	2	1
TH	28,8%	23,4%	5	5

4. Auskünfte der Vorwahl- und Wahltagsbefragungen

4.1. Die „Sonntagsfrage“ im Wahlkampfverlauf

Betrachtet man die Ergebnisse der »Sonntagsfrage« seit der letzten Bundestagswahl, so zeigt sich im Rückblick eine aufschlussreiche Entwicklung. Mit der Nominierung des Kanzlerkandidaten der SPD bekommen die Werte für die SPD einen negativen »Drive«, bei der CDU verstärkt sich eine bereits zuvor begonnene positive Entwicklung. Die Grünen können sich bis zum Sommer 2013 noch stabil halten, stürzen aber in den letzten vier Wochen vor der Wahl geradezu ab.

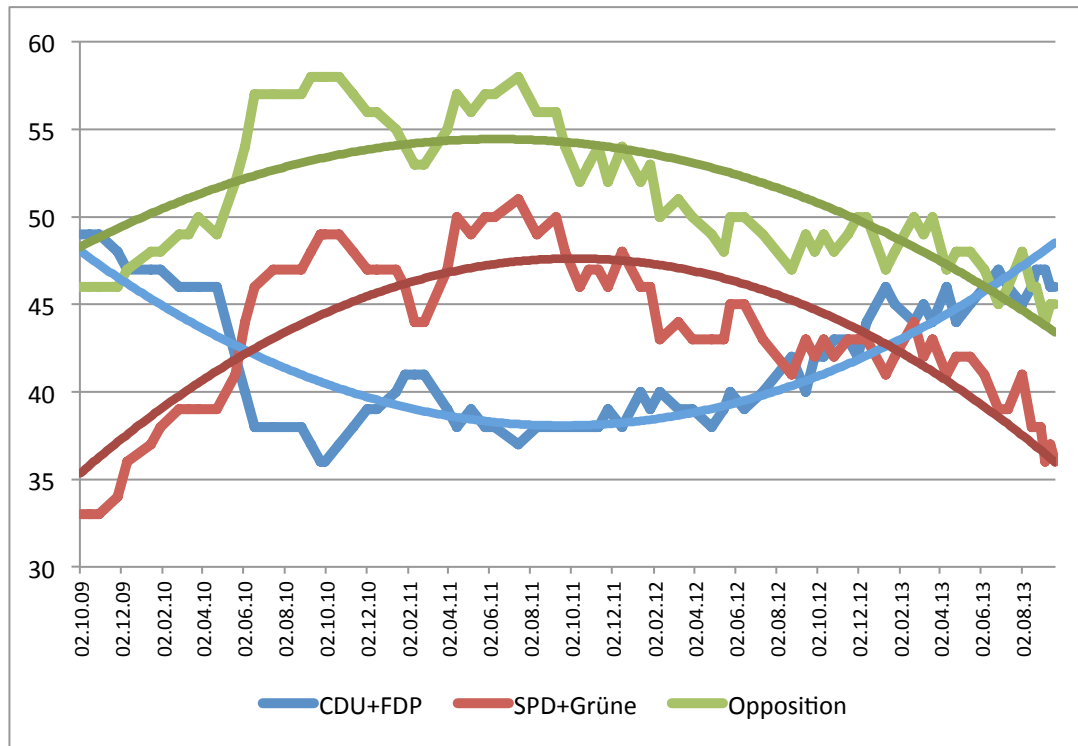
Schaubild: Die Werte für die Parteien in der Sonntagsfrage (Politbarometer)



Quelle: FGW, Politbarometer; eigene Darstellung HK

Noch deutlicher wird die wachsende Zustimmung zur regierenden CDU, wenn man sich die Werte für die möglichen Koalitionsoptionen anschaut. Die Werte für CDU (und FDP) weisen nach dem Sommer 2012 wieder deutlich nach oben, die Werte für SPD und Grüne zusammen beginnen zu sinken und liegen an Anfang 2013 unter den Werten für Union/FDP. Einzig die Option, dass alle Oppositionsparteien gemeinsam die Regierung ablösen würden, hat bis zum Schluss noch eine ebenfalls sinkende, aber realisierbare Wahrscheinlichkeit – aber eben nur eine rechnerische. Vor dem Hintergrund dieser Umfragewerte war der Wahlkampf von SPD und Grünen auf Sand gebaut und hatte zu keinem Zeitpunkt 2013 einen Rückenwind in den Umfragen.

Schaubild: Addierte Werte der Sonntagsfrage für CDU/FDP, SPD/GRÜNE und OPPOSITION



Quelle: FGW, Politbarometer, eigene Darstellung HK

Wahlabsichten

Glaubt man den Wahlumfragen, hat die Zahl der »Spätentscheider« weiter zugenommen. Immerhin erklärten 70% der Wähler laut Infratest dimap Anfang September ihre Absicht wählen zu gehen. 84% der Wähler von CDU und SPD waren sich sicher, Wählen zu gehen, bei der Linken galt dies für 74%, bei der FDP 72% und bei den Grünen nur 66%, wobei 33% der potentiellen Grünen-Wählern zu diesem Zeitpunkt erklärten, dass sich dies noch ändern könne.

Sicher wählen zu gehen, bedeutete aber auch für die anderen Parteien noch keine Sicherheit der Wahlentscheidung – jede/r Dritte schwankte bei der Frage, wem sie ihre Stimmen geben sollten. 31% schwankten zwischen zwei Parteien und 11% sogar zwischen drei Parteien oder aber es wurde über das Splitten der beiden Stimmen nachgedacht.¹ - Größte Spannweite gab es bei Wählern der CDU von denen sich auch 12% vorstellen konnten, ggf. auch die SPD zu wählen, 9% wollten ihre Stimmen ggf. zwischen CDU und FDP splitten, 8% zwischen FDP und Grüne, 3% sogar zwischen CDU und LINKE und 2% CDU und AfD.

Ein ähnliches Bild zeichnete sich auch bei der Landtagswahl in Hessen. Anfang September stand für 81% der Wähler die Wahlentscheidung fest, für 18% konnte sich diese noch ändern. Am höchsten war der Anteil „sicherer Wähler“ bei den Anhängern der CDU mit 86%, der Grünen mit 85%, der SPD-Anhänger mit 79%. Am niedrigsten der Anteil bei der FDP mit 69%. (C.H.)

¹ Renate Köcher. Keine Mehrheit für Schwarz-Gelb. FAZ 18.9.2013

4.2. Wählerwanderungen

CDU und SPD sowie die AfD konnten Nichtwähler von 2009 für sich gewinnen. Die SPD blieb dabei weit hinter ihren Erwartungen zurück und konnte nur einen Bruchteil bei vorherigen Wahlen in die Wahlenthaltung geflüchtete Anhänger zurückholen. Die größten Bewegungen fanden, das ist naheliegend, bei der FDP statt. Das Ausmaß ihrer Verluste an die Union zeigt, wie stark ihr früheres Wahlergebnis von CDU-Anhängern bestimmt gewesen sein könnte. Die SPD konnte bei früheren FDP- und auch Grünen-Anhängern stärker punkten als bei Nichtwählern. Die SPD-Gewinne von der Linken sind deutlich niedriger.

von - an	CDU	SPD	FDP	Linke	Grüne	AfD	NW
CDU/CSU	0	-300.000	-2.210.000	-160.000	-460.000	300.000	-125.000
SPD	300.000	0	-520.000	-360.000	-570.000	180.000	-380.000
FDP	2.210.000	520.000	0	90.000	160.000	450.000	45.000
Linke	160.000	360.000	-90.000	0	30.000	360.000	310.000
Grüne	460.000	570.000	-160.000	-30.000	0	100.000	30.000
AfD	-300.000	-180.000	-45.000	-360.000	-100.000	0	-240.000
NW	125.000	380.000	-430.000	-310.000	-30.000	240.000	0

Quelle: Conny Hildebrandt nach Infratest Dimap, ARD

DIE LINKE verliert Stimmen gleicher Maßen an SPD und AfD, fast ebenso stark an die Nichtwähler, in geringerem Maße an die Union und kaum an die Grünen. Diese Verluste entsprechen Erfahrungen der Wählerwanderung aus den vorherigen Landtagswahlen, wo Rückkehr zur SPD, Suche nach einer neuen Protestpartei (»Piraten«) und Abschied aus der Partizipation ebenfalls - in je unterschiedlicher Ausprägung – die Hauptbewegungen ehemaliger LINKE-Wähler waren.

Die AfD hat von allen Parteien Stimmen gewonnen. Setzt man die Daten der Wählerstromkonten von Infratest Dimap ins Verhältnis zur Gesamtstimmenzahl der abgegebenen Parteien, so ist die Abwanderung von der Linken und der FDP von besonderer Bedeutung.

4.3. Einschätzungen zu Regierung, Parteien, Kandidaten

Aussagen der Wähler zu den Parteien (infratest Dimap)

67% betrachtet die CDU als eine Partei, die die „Kluft zwischen Arm und Reich weiter geöffnet hat. 59% der Befragten, meinen sie vernachlässige die Interessen der Arbeitnehmer.

Der SPD bescheinigen 65%, dass sie mit der Agenda 2010 den Grundstock dafür gelegt haben, dass es den Deutschen heute besser geht. Allerdings erklären auch 62%, dass sie mit Hartz IV und der Rente mit 67 ihre Prinzipien aufgegeben habe. Die Aussagen zur FDP erklären unmissverständlich, warum die große Mehrheit ihrer einstigen Wähler ihr die Stimme verweigerten: 83% erklären, sie habe viel versprochen, aber fast nichts davon umgesetzt. 79% finden, sie habe sich nur um bestimmte Wählergruppen gekümmert und 70%, sie habe in den letzten Jahren nichts bewegt. 51% erklären, dass sie in Deutschland nicht mehr gebraucht werde.

68% der Wähler fanden, dass die Grünen mit ihren Steuerplänen die Wähler verschreckt habe, 59% beschreiben sie als eine Partei, die sich von ihren Wählern entfernt habe und 50% möchten sich von ihr nicht vorschreiben lassen, wie sie zu leben habe. Dennoch würden sie 53% gerne an der Regierung beteiligt sehen.

Von der Linken sagen 83%, dass sie zwar keine Probleme löse, aber die Dinge beim Namen nenne, 57% sehen sie als eine Partei, die sich am stärksten für die sozial Schwachen einsetzt und 53% finden es gut, dass sie sich grundsätzlich gegen Militäreinsätze einsetzt. Allerdings halten 72% die Forderungen der Linken als nicht finanzierbar.

Auch von der AfD sagen 44%, dass sie die Dinge beim Namen nenne, aber keine Probleme lösen würde. 37% erklärten, dass sie für jene eine Alternative sei, die sonst nicht wählen gehen würden. 21% finden es gut, dass sie sich gegen den Euro ausspricht. 56% meinen, es sei keine ernstzunehmende Partei.

Über die Piraten meinen 50%, auch sie sei eine Alternative für sonstige Nichtwähler, 41% meinen, dass sie dafür sorgen, dass die Jüngeren was zu sagen hätten, nur ein Viertel der Wähler würde sie gerne im Bundestag sehen und 72% behaupten sogar, sie sei keine ernst zu nehmende Parteien.

Nach der Ehrlichkeit der Parteien gefragt, bleiben die Grünen mit 43% noch immer die ehrlichste Partei vor SPD und LINKE mit 40%, der CSU mit 39%, der CDU mit 37%. Die FDP hält nur ein Viertel der Wähler für ehrlich. Allerdings liegen für alle Parteien die Negativ-Aussagen höher am höchsten bei der FDP mit 72%.

Parteikompetenzen CDU/SPD

	CDU	SPD	FDP	LINKE
Wirtschaftskompetenz	58% (+11)	22%	3 (-11)	
Lösung Eurokrise	46%	20%		
Familienpolitik	33% (-3)	36% (+7)		
Angemessene Löhne	25%	45% (+2)		
Soziale Gerechtigkeit	24%	43% (-1)		12 (-3)
Steuerpolitik	36% (+8)		6 (-13)	
Arbeitsplätze	51% (+14)			
Gesundheitspolitik		34% (+4)	4 (-6)	
Altersversorgung				7 (-1)

Wichtigste Kompetenzen der Parteien

CDU	SPD	FDP	LINKE
58% Wirtschaftskompetenz	45% angemessene Löhne	6% Steuerpolitik	12% soziale Gerechtigkeit
51% Arbeitsplätze sichern	43% soziale Gerechtigkeit	4% Gesundheitspolitik	11% angemessene Löhne
36% Steuerpolitik	36% Familienpolitik	3% Wirtschaftspolitik	7% Altersversorgung
33% Familienpolitik			

Kompetenzen der Grünen wurden (bei Infratest) nicht aufgeführt. Lediglich bei der Frage der Durchsetzung erneuerbarer Energien erhalten die Grünen, 27%, die CDU 26% und die SPD 19%.

Auf die Frage, welche Partei man zutraut, die Eurokrise zu managen erhält die CDU 46%, die SPD 20%, die AfD 3%. Ein Viertel der Befragten trauen keiner Partei das Managen der Eurokrise zu. (C.H.)

4.4. Wahlverhalten nach ausgewählten Sozialstruktur-Merkmalen

Die CDU wählten 44% der Frauen und 39% der Männer, 35% der Arbeiter und 24% der Arbeitslosen. Von den Spätentscheidern entschieden sich 34% für die CDU, 30% der Erstwähler gaben ihr die Stimme. Die SPD wählten 25% der Frauen, 26% der Männer, 26% der Arbeitslosen und 27% der Arbeiter. 26% der Spätentscheider wählten die SPD und 24% der Erstwähler. Die LINKE wählten 8% der Frauen und 9% der Männer, 23% der Arbeitslosen und 13% der Arbeiter. Immerhin 10% entschieden sich spät für die Linke und 7% der Erstwähler. Für die Grünen entschieden sich 9% der Frauen, 7% der Männer, 8% der Arbeitslosen und nur 4% der Arbeiter. Von den Spätwählern entschieden sich 9% für die Grünen und 12% der Erstwähler. Die FDP blieb beim Anteil der Frauen, der Arbeiter, der Arbeitslosen, der Erstwähler unter 5%. 5% der Männer und der Spätentscheider gaben ihr die Stimme.

Tätigkeit	CDU	SPD	FDP	LINKE	Grüne	Piraten	AfD
Alle	42%	26%	5%	8%	8%	2%	5%
Arbeiter	35%	27%	3%	13%	4%	4%	6%

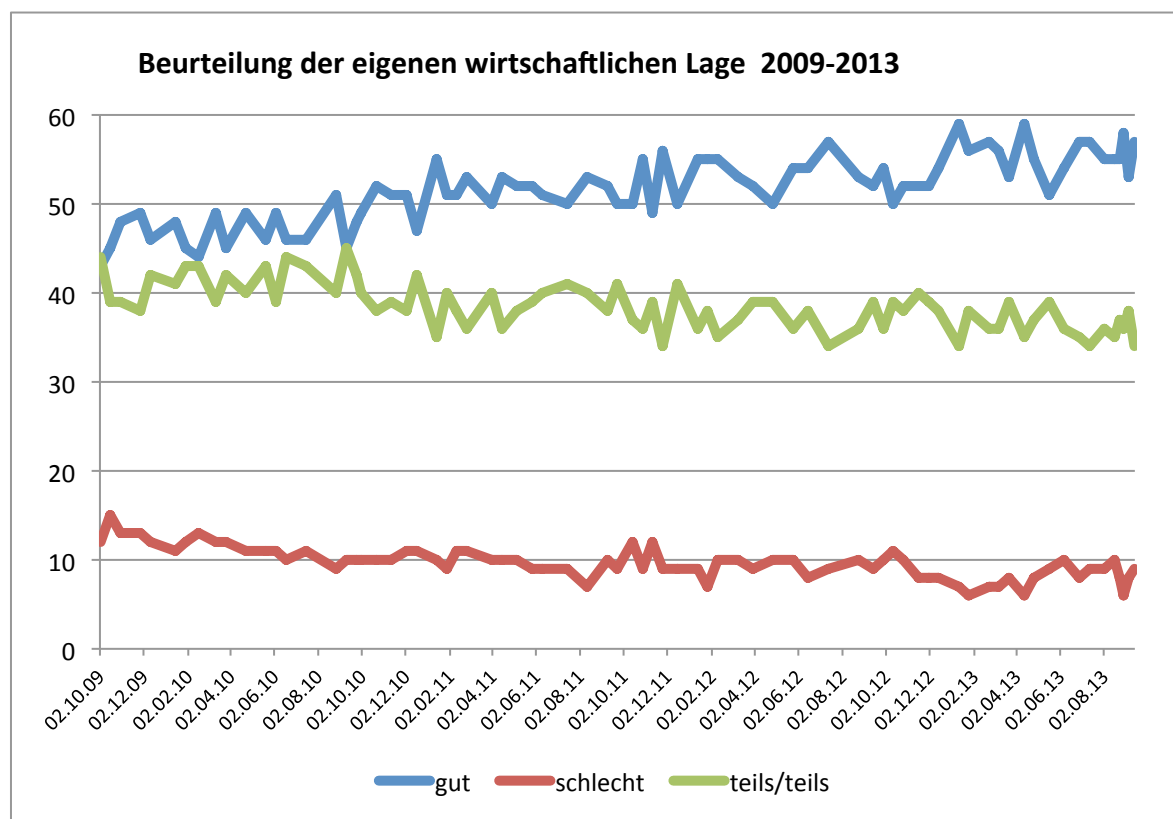
Angestellte	39%	26%	5%	8%	11%	3%	5%
Selbständige	49%	14%	10%	6%	11%	2%	5%
Rentner	49%	28%	4%	8%	4%	0%	4%
Arbeitslose	24%	26%	4%	23%	8%	5%	3%

Altersgruppen	CDU	SPD	FDP	LINKE	Grüne	AfD
alle	42%	26%	5%	9%	8%	5%
18 – 24 Jahre	30%	24%	4%	8%	11%	6%
25 – 34 Jahre	37%	22%	5%	9%	10%	6%
35 – 44 Jahre	40%	22%	5%	8%	11%	6%
45 – 59 Jahre	38%	27%	4%	10%	10%	5%
60 – 69 Jahre	45%	28%	5%	9%	6%	4%
70 und älter	54%	28%	5%	6%	3%	3%

Quelle: Infratest dimap

4.5. Die Grundstimmung im Land²

Die Bürgerinnen und Bürger in Deutschland sind 2013 mehrheitlich optimistischer gestimmt als 2009 – 47% der Deutschen gehen der nächsten Zukunft mit Hoffnungen entgegen, 2009 waren es nur 38%. 71% betrachten die wirtschaftliche Lage sehr gut oder gut. Das sind 6% mehr als noch im Vormonat. Nur knapp 28% betrachten diese schlecht oder sehr schlecht (7%). Ähnlich stellt sich dies für die persönliche Lage dar: 73% der Deutschen beschreiben ihre Lage als gut oder sehr gut und nur 26% als weniger gut oder schlecht (7%).



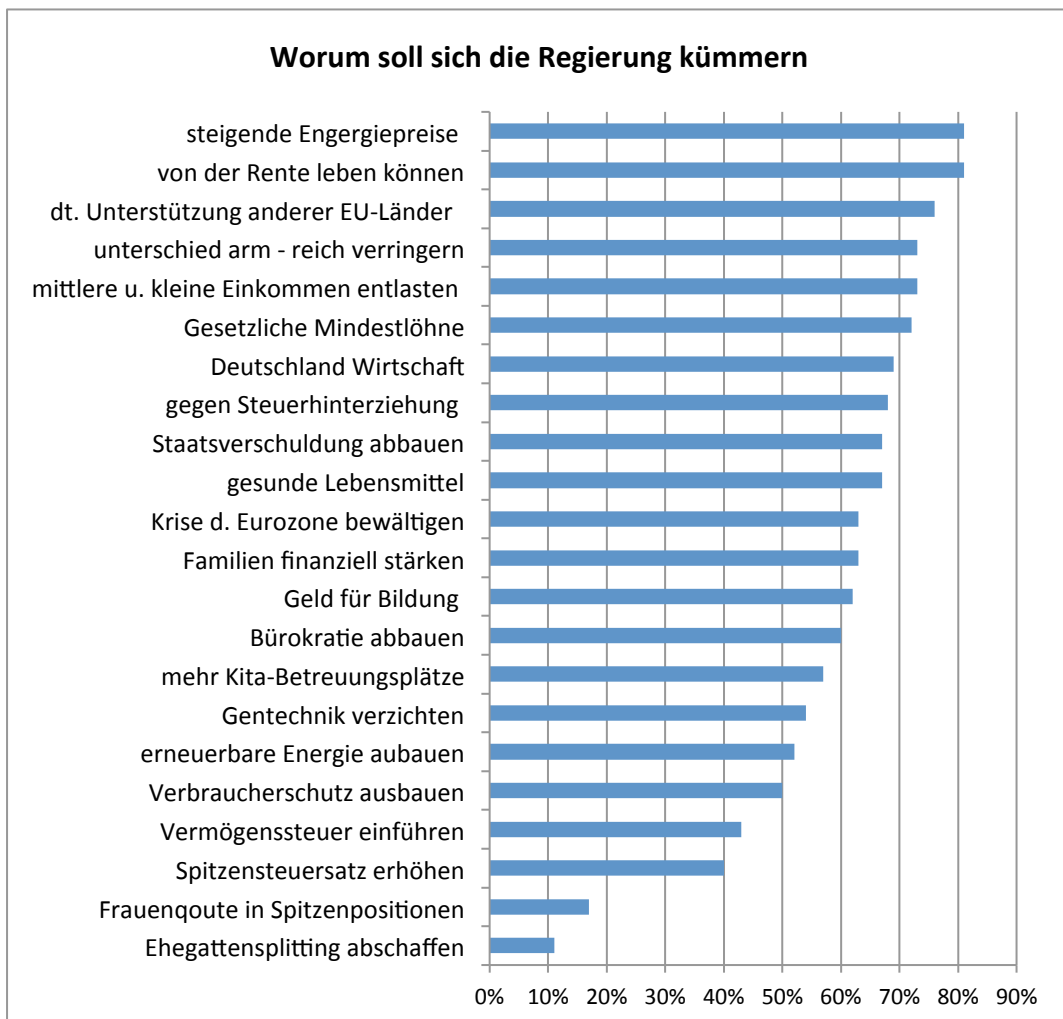
Quelle: Forschungsgruppe Wahlen, Politbarometer

² Vgl. zu diesem Abschnitt das RLS-Standpunkte-Papier von Hildebrandt/Kahrs/Pätzolt: 8 Jahre Merkel – No trouble, vom Juli 2013 und den Vorwahlbericht von Horst Kahrs vom 19.09.2013 – beide auf www.rosalux.de.

Betrachtet man die den Wahlkampf dominierenden Themen im Vergleich zu den Themen, die von den Bürgerinnen und Bürgern benannt wurden, so ergeben sich doch durchaus Unterschiede in der Gewichtung dieser Themen in den öffentlichen Diskursen und den Wünschen von Bürgerinnen, worum sich die Regierung in Deutschland kümmern müsste. Zu den wichtigsten Themen, die in den Vorwahlbefragungen genannt wurden, gehört die Absicherung des Lebensstandards einschließlich bezahlbarer Energiepreise, die Absicherung des Alters und Mindestlöhne. Deutlich weniger gewichtet werden Energiewende, Steuerpolitik, die Überwachung durch Geheimdienste. Interessant ist die in der Umfrage von Allensbach ermittelte Gewichtung von Themen, um die sich die Politik kümmern sollte. Die Fragestellungen der drei Institute Infratest Dimap, Forschungsgruppe Wahlen und Allensbach unterscheiden sich. Mal wird nach den beiden wichtigsten Problemen gefragt, dann wieder nach Bereichen, um die sich die Politik kümmern sollte. Betrachtet man die Antworten auf die Frage nach den wichtigsten Problemen, so gibt es im Politbarometer seit ein paar Monaten kein herausragendes Problem war. Über Jahre hinweg war dies die Sorge um die Arbeitsplätze gewesen, dann die Eurokrise. Nun gibt es bei der Entscheidung für zwei Probleme keine eindeutig herausragenden Probleme mehr, die Menschen über viele Lebenslagen und Schichten hinweg beschäftigen. Fragt man offener, wie es Allensbach getan hat, gibt es wiederum ein klares Ranking von »Themen, um die sich die Regierung kümmern sollte«.

Schaubild: Themen, um die sich die Regierung kümmern sollte

Quelle Allensbacher Archiv – IfD-Umfragen 11009, Juni 2013 – eigene Darstellung CH



Zu den »Wahl Nachtberichten«

Die »Wahl Nachtberichte« sind ein Projekt, das von Benjamin-Immanuel Hoff begonnen, gemeinsam mit Horst Kahrs weiterentwickelt und mittlerweile mit wechselnder Autorenschaft unter Federführung von Horst Kahrs als Teil der nationalen und internationalen Wahlberichterstattung der Rosa-Luxemburg-Stiftung fortgeführt wird. Die »Wahl Nachtberichte« erscheinen seit der Europawahl 2004 jeweils zu den Europa-, Bundestags- und Landtagswahlen. Inzwischen erscheinen zuweilen auch ein »Wahlvorbericht« und »Wahl Nachlesen«.

Die »Wahl Nachtberichte« und linke Wahlanalysen im Netz:

<http://rosalux.de/staatdemokratie/thema/parteienwahlanalysen.de>

sowie mit der Möglichkeit zur Kommentierung und Ergänzung in den Blogs:

<http://www.horstkahrs.de>

<http://wahlanalysen.wordpress.com>

Zu den Autoren

Horst Kahrs ist Sozialwissenschaftler und Publizist, lebt in Berlin und arbeitet seit 2012 am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung in Berlin mit den Arbeitsschwerpunkten Wahlforschung, Sozialstruktur- und Klassenanalyse.

Conny Hildebrandt arbeitet am Institut für Gesellschaftsanalyse der Rosa-Luxemburg-Stiftung als stellvertretende Direktorin mit dem Arbeitsschwerpunkt Parteienanalyse.

Vorbehalt

Diese Analyse entstand in der Wahl Nacht von ... und basiert auf den zu diesem Zeitpunkt öffentlich zugänglichen Daten von Wahlforschungsinstituten und eigenen Erkenntnissen. Obwohl die Daten mit der gebotenen Sorgfalt und nach bestem Wissen übernommen wurden, können bei der Übertragung und Bearbeitung Fehler auftreten, die als solche nicht erkannt werden. Die Darstellung und die Schlussfolgerungen stehen unter diesem Vorbehalt.